

be wegen

FACHBEREICH
POSTDIENSTE
SPEDITIONEN
LOGISTIK

2/2023

Tarifrunde Deutsche Post AG

Unser Streik, unser Ergebnis, unsere Entscheidung

 ver.di

**ZUSAMMEN
GEHT MEHR**

Union Busting
bei Trans-o-Flex

15%
INZENSUNG,
GERICHT,
MAGSAR,
ver.di

Deutsche Post 

Deutsche Post 

Deutsche Post

Deutsche Post

Inhalt

LOGISTIK

Union Busting bei
Trans-o-Flex in Köln 4–5

TARIF

Einigung in vierter
Verhandlungsrunde! 6

POSTDIENSTE

ver.di-Stellungnahme zur
Novelle Postgesetz 7

LOGISTIK

Mehr Betriebsräte bei Amazon! 8

VER.DI

Diskussionen, Wahlen, Anträge 9

Gegen Belästigung, für mehr
Gesundheitsschutz 10

SERVICE

Termine 11–12

IMPRESSUM

bewegen: Nr. 2/2023, 22. Jahrgang
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesvorstand: Frank Werneke, Andrea Kocsis
Redaktion: Rory Linton (verantwortlich)
Kontakt & Anzeigenverkauf: bewegen.psl@verdi.de
Redaktionsanschrift: ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, 10112 Berlin
Erscheinungsweise: 8 Ausgaben pro Jahr
Druckauflage: 196.637
Gestaltung: datagraphis GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt, www.datagraphis.de
Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Titelfoto: ver.di, Dietrich Hackenberg

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 3/2023: 12. April 2023
 Ausgabe 4/2023: 31. Mai 2023

VERSANDBEGINN

Ausgabe 3/2023: 5. Mai 2023
 Ausgabe 4/2023: 23. Juni 2023



Gedruckt auf GraphoSilk FSC® 80 g/m²

Erdbeben in der Türkei und Syrien

Die Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien ist bedrückend und hat uns alle berührt. Die bisherige Statistik geht von zehntausenden Toten aus sowie über 26 Millionen Menschen, die direkt von den Folgen des Erdbebens betroffen sind. Wir haben viele Kolleg*innen unter uns, die aus den betroffenen Gebieten stammen und deren Angehörige sowie Freunde unter den Folgen des Erdbebens leiden. Diesen Menschen gebührt unser Mitgefühl bzw. unsere Anteilnahme.

Naturkatastrophen treffen Menschen meist auf ungleiche Weise. In der vom Erdbeben betroffenen Region lebten bereits vor der Katastrophe viele Menschen unter schwierigen Bedingungen. Die soziale Lage vor Ort war bereits durch die wirtschaftliche Situation, wie die hohe Inflationsrate, sowie die Unterbringung vieler Geflüchteten, die vor dem syrischen Bürgerkrieg geflohenen sind, teilweise angespannt.

Aus diesen Gründen soll den Menschen, die alles verloren haben und bei eisigen Temperaturen auf Unterstützung warten, schnell, unbürokratisch und umfassend geholfen werden. Wir Gewerkschaften stehen für praktische Solidarität. Sei auch du dabei, wenn du kannst, den betroffenen Menschen in ihrer akuten Not zu helfen. Der Verein des DGB „Gewerkschaften helfen e.V.“ hat dafür ein Spendenkonto unter dem Stichwort „Erdbeben Türkei und Syrien“ eingerichtet.

Gewerkschaften helfen!

Stichwort: Erdbeben Türkei und Syrien

IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90

BIC: NOLADE2HXXX

Spender*innen, die eine Spendenquittung erhalten möchten, geben bitte direkt in der Überweisung ihren vollständigen Namen und ihre Adresse an. Ihnen wird die Spendenbescheinigung automatisch zu Beginn des nächsten Jahres zugesendet.

red

Frieden in Europa – und auf der ganzen Welt

Im Februar 2022 hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen und seit über einem Jahr hält der Krieg an. Dieser bringt unermessliches Leid über die Menschen, er ist eine humanitäre Katastrophe. Hunderttausende von Menschen sind eingekes-



selt und verletzt. Sie leiden unter Hunger und Kälte und sitzen teilweise im Dunklen, weil zivile Infrastruktur gezielt angegriffen wird. Städte und Dörfer werden zerstört und dem Erdboden gleichgemacht. Zigtausende Menschen sind diesem sinnlosen Krieg schon zum Opfer gefallen; Millionen von Menschen sind auf der Flucht.

ver.di fordert weiterhin ein Ende des russischen Angriffskrieges und der gewalttätigen Verschiebung von Grenzen. Wir wollen eine Welt des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und der Achtung von Menschenrechten. Unsere Solidarität gehört den Menschen, die vom Krieg betroffen sind.

red



Mehr Geld im Portemonnaie

Für die Beschäftigten im **Tarfbereich Logistik Thüringen** steigen die Löhne zum 1. Mai 2023 um weitere 1,2 Prozent. Bereits zum 1. November 2021 hatte es eine Erhöhung um 3 Prozent und zum 1. Oktober 2022 um 1,7 Prozent gegeben.

Im Zuge der Tarifverhandlungen im Jahr 2021 konnte erreicht werden, dass auch die Ausbildungsvergütungen steigen: Zum einen nehmen die Auszubildenden aufgrund der bestehenden Regelung im Entgelttarifvertrag an den linearen Erhöhungen der Tabelle teil. Zum anderen wurde in den Verhandlungen durchgesetzt, dass die Bezugswerte neu bewertet werden. Diese sind um ein Prozent gestiegen. Außerdem wird 2023 die Jahressonderzahlung für die Beschäftigten von 1.350 Euro auf 1.500 Euro erhöht. Der Tarifvertrag läuft noch bis zum 31. August 2023.

Auch für die Kolleg*innen der **DHL Paket GmbH** wird nun der zweite Erhöhungsschritt aus der letzten Tarifrunde in Höhe von 2,3 Prozent wirksam. Zuvor wurden die Entgelte der Tabelle im Mai 2022 um 2,7 Prozent erhöht. Der Tarifvertrag ist erstmals zum 31. Dezember 2023 kündbar, die Laufzeit beträgt somit 28 Monate.

Die Tarifabschlüsse wurden vor dem Krieg gegen die Ukraine abgeschlossen; die Folgen einer hohen Inflation waren noch nicht absehbar. Diese werden dafür in der nächsten Tarifrunde ihre Berücksichtigung finden.

Andreas Bauch

Aufsichtsratswahl Deutsche Post AG

Für die Aufsichtsratswahl bei der Deutschen Post AG fand in der Zeit vom 30. Januar bis 3. Februar 2023 die Wahl der Delegierten in den Betrieben statt. Die ver.di-Betriebsgruppen haben für sehr gute Ergebnisse in der Delegiertenwahl gesorgt! Die Delegierten werden am 22. und 23. März 2023 bei der Aufsichtsratswahl in Berlin die Arbeitnehmervertreter*innen im Aufsichtsrat in drei Wahlgängen (Arbeitnehmervertreter*innen, leitende*r Angestellte*r und Gewerkschaftsvertreter*innen) wählen.

red

ANZEIGE



Gemeinsam mehr erreichen!

Gewerkschaftlicher Schutz seit 1910.

Unsere Leistungen

Sicherheit im Beruf
Schutz auf allen Arbeitswegen
Unterstützung nach Unfällen
und vieles mehr...

Verbundenheit statt Versicherung.

Solidarkasse statt Gewinne,

Fairer Beitrag statt Kostenfalle.

Der Beitrag beträgt **24 Euro im Jahr**, das sind 2 Euro pro Monat.

Schutz und Hilfe: Beispiel



Postzustellerin G. zog beim Parken die Handbremse nicht richtig fest. Das Auto rollte auf ein vor ihr stehendes Fahrzeug auf. Der Arbeitgeber nahm Kollegin G. für den Schaden am Dienstfahrzeug mit 2.305 Euro in Regress. ver.di übernahm die Kosten für den Rechtsschutz.

Die GUV/FAKULTA zahlte 2.120 Euro Schadenersatzbeihilfe.

Jetzt Mitglied werden!

www.guv-fakulta.de



info@guv-fakulta.de

www.guv-fakulta.de

UNION BUSTING BEI TRANS-O-FLEX IN KÖLN

Perfide Methoden sollen Organisation verhindern

Mit einem Organisationsgrad von über 90 Prozent waren die Beschäftigten bei Trans-o-Flex in Köln bestens organisiert. Als einer der Leuchtturmbetriebe in NRW hatten sie in der Tarifrunde in 2021 ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber durchgesetzt. Trans-o-Flex hat daraufhin mit Outsourcing und Subunternehmen auf die gewerkschaftliche Macht im Betrieb reagiert und die Gewerkschaft faktisch aus dem Betrieb gedrängt. Deshalb fordert ver.di Verbesserungen in der KEP-Branche, um diesem Missbrauch einen Riegel vorzuschieben!



Foto: Nadine Heinen

Eine Tarifrunde als Ausgangspunkt

Das Trans-o-Flex-Logistikzentrum in Köln war 2021 ein führender Betrieb in der Flächentarifrunde Logistik in NRW. Während der Tarifauseinandersetzungen betrug in der Niederlassung von Trans-o-Flex in Köln der gewerkschaftliche Organisationsgrad mehr als 90 Prozent. Die Beschäftigten in den anderen Trans-o-Flex-Betrieben in NRW standen ebenfalls hoch engagiert hinter den Forderungen und nahmen den Arbeitskampf auf. ver.di-Mitglieder verliehen den Forderungen mit Warnstreiks Nachdruck – Trans-o-Flex Köln war vorne mit dabei.

Der erste Streik ging über einen Tag; da es zu keiner Einigung kam, folgte eine zweite Streikwelle, diesmal über zwei Tage. Danach verhandelten die Tarifparteien wieder, erneut ohne eine Einigung zu erzielen. Nach einer dritten Streikwelle, welche in eine Kundgebung mit mehr als 1.000 streikenden Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf mündete, zeigte sich die Verhandlungskommission der Arbeitgeberverbände nach wie vor nicht abschlussbereit. Nichts ging mehr!

Recep Senel, Betriebsratsvorsitzender bei Trans-o-Flex in Köln, schickte daraufhin eine schriftliche Zusammenfassung des Verhandlungsverlaufs aus Sicht der ver.di-Tarifkommission an sei-

nen Arbeitgeber. Er forderte diesen darin auf, einen Haustarifvertrag abzuschließen. Um einen weiteren Streik im eigenen Betrieb abzuwenden, hat der Arbeitgeber daraufhin die Forderungen in vollem Umfang erfüllt.

Das Management bei Trans-o-Flex ist auf die Aufforderung nur widerwillig aufgrund der starken gewerkschaftlichen Organisation eingegangen. Der Arbeitgeber hat zügig einen Haustarifvertrag mit ver.di unterzeichnet, welcher die Forderungen ohne Abstriche komplett erfüllte. Im Schnitt gab es für die gewerblichen Beschäftigten eine Gehaltserhöhung von ca. fünf Prozent pro Jahr, was zu damaligen Zeiten – ohne die heutige Inflation – sehr viel war.

Nachdem Trans-o-Flex als eines der ersten Unternehmen unterzeichnet hatte, folgten auch die Arbeitgeberverbände in der Fläche – der Flächentarifvertrag Logistik NRW enthielt die gleichen Regelungen wie der Haustarifvertrag von Trans-o-Flex. Die Beschäftigten bei Trans-o-Flex hatten gezeigt, dass man mit einer Gewerkschaft Verbesserungen erkämpfen kann. Ein Dorn im Auge für das Unternehmen!

Prekäre Arbeitsbedingungen bei Trans-o-Flex

Zur Zeit des Tarifabschlusses bestand die Belegschaft bei Trans-o-Flex in Köln aus direkt angestellten Mitarbeiter*innen und Leihkräften. Die Karriere eines Lagermitarbeiters verlief damals folgendermaßen: Neues Personal kam überwiegend über eine Leihfirma in den Betrieb und arbeitete neun Monate bei

Trans-o-Flex. Danach wurden die Beschäftigten für drei Monate in eine andere Firma entliehen, damit der Arbeitgeber sie nicht in gleicher Höhe wie die Eigenbeschäftigten entlohnen musste: Sogenanntes „Equal Pay“. Anschließend durften sie wieder für neun Monate zurück in den Betrieb kommen. Leisteten die neuen Kolleg*innen in dieser Zeit gute Arbeit, wurden sie direkt eingestellt, allerdings nur befristet für ein Jahr. Nachdem dieses Jahr abgelaufen war, stellte der Arbeitgeber sie für ein weiteres Jahr befristet ein. Beide Male gab es für die Befristungen keinen Sachgrund.

Sofern die Mitarbeiter*innen auch im zweiten Jahr der Befristung weiterhin gute Arbeit geleistet hatten, wurden sie endlich unbefristet angestellt. Der Arbeitgeber nutzte die maximale gesetzlich zulässige Befristungszeit aus, als eine Art verlängerte Probezeit. ver.di lehnt solche prekären Arbeitsbedingungen ab und setzt sich für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ein. Für Kolleg*innen mit befristeten Arbeitsverträgen ist es schwierig, eine Wohnung zu finden, da kaum ein Vermieter einer Leihkraft oder einem befristet Beschäftigten den Zuschlag gibt. Ebenso ist es für die Beschäftigten problematisch, einen Kredit zu bekommen, falls sie beispielsweise ein Auto kaufen möchten, um zur Arbeit zu fahren. Die Teilnahme am sozialen Leben wird stark erschwert.

Union Busting bei Trans-o-Flex

Dem Arbeitgeber Trans-o-Flex gefiel es gar nicht, dass die Belegschaft ihre Interessen so entschlossen durchgesetzt hatte. Als Antwort auf den hohen Organisationsgrad der Belegschaft ergriff der Arbeitgeber Ende 2021 Maßnahmen, welche eine gewerkschaftliche Organisation nahezu unmöglich machen. Damit lief auch das Recht zu streiken – ein verbrieftes Grundrecht – praktisch ins Leere.

Mithilfe einer neuen Einstellungs- politik sollte es sehr viel schwieriger



Foto: Nadine Heinen

werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ende November 2021 liefen rund 20 befristete Beschäftigungsverhältnisse in der Nachtschicht aus. Diese Kolleg*innen wurden anschließend nicht übernommen, wie es zuvor üblich gewesen war. Stattdessen teilte ihnen der Arbeitgeber mit, dass sie wieder zurück in die Leihfirma wechseln sollten, um von dieser aus im Betrieb weiterarbeiten zu können. Die meisten Beschäftigten ließen sich auf das Angebot ein, da sie andernfalls im Dezember ohne Arbeit dagestanden hätten. In den darauffolgenden zwei Monaten standen die Kolleg*innen also bei der Leiharbeitsfirma unter Vertrag und wurden bei Trans-o-Flex für die gleiche Arbeit eingesetzt.

Am 19. Januar 2022 wurde der Betriebsrat durch den Arbeitgeber erstmals davon unterrichtet, dass er ab 1. Februar 2022 eine Werksvertragsfirma in der Nachtschicht einführen wollte. Der Betriebsrat wurde also gerade einmal elf Tage vorher darüber informiert! Das mit der Absicht, die Beschäftigten über eine Werksvertragsfirma anzustellen, verbundene Ziel ist klar: Während einer Tarifrunde können Werkvertragsbeschäftigte weiterarbeiten, anders als Beschäftigte von Leihfirmen, die in einem bestreikten Betrieb nicht arbeiten dürfen. Faktisch sind die Kolleg*innen dann bei kleinen Subunter-

nehmen tätig, die nicht tarifgebunden sind. Der Streikfähigkeit der Beschäftigten im Betrieb wurde auf diese Weise das Wasser abgegraben. Der Arbeitgeber war somit erfolgreich darin, die Gewerkschaft nachhaltig aus dem Betrieb herauszuhalten – Union Busting auf ganzer Linie.

Was kann dagegen getan werden?

Prekären Arbeitsbedingungen, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und der Ausnutzung von Werkverträgen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Das Beispiel von Trans-o-Flex zeigt, wie Arbeitgeber Schlupflöcher nutzen, um Gewerkschaften und Betriebsräte kleinzuhalten. Wo es keine Gewerkschaft gibt, leiden die Beschäftigten unter schlechten Arbeitsbedingungen. ver.di macht sich stark für faire Arbeitsbedingungen in der Paketbranche und fordert von der Politik ein Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte. Dieses sollte analog dem Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte in der Fleischindustrie gestaltet sein. Wichtiger Punkt ist dabei ein Verbot, über Werkverträge und Nachunternehmerketten Fremdpersonal einzusetzen. Solche Mechanismen zum Lohn- und Sozialdumping gehören untersagt.

red



Foto: Christian Jungeblodt, ver.di

EINIGUNG IN Vierter VERHANDLUNGSRUNDE!

Deutliche Einkommenserhöhungen für Beschäftigte der Deutschen Post AG

Die Verhandlungen standen buchstäblich Spitz auf Knopf: Noch am 9. März hatte die Auszählung der vorangegangenen Urabstimmung ergeben, dass 86 Prozent der ver.di-Mitglieder bei der Deutschen Post zu einem unbefristeten Streik bereit waren. Kurzfristig wurde daraufhin am 10. März – einem Freitag – eine vierte Tarifverhandlungsrunde für die rund 160.000 Tarifbeschäftigten einberufen. Am darauffolgenden Samstag konnte sich die ver.di-Verhandlungskommission endlich mit dem Arbeitgeber auf ein Resultat einigen, das sich sehen lassen kann: Insgesamt übertrifft das Volumen der Einkommenserhöhung das vorherige Angebot um 25 Prozent! „Das ist ein gutes Ergebnis, das ohne den Druck und die hohe Streikbereitschaft unserer Mitglieder nicht hätte erreicht werden können“, so die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis.

Tatsächlich war es die hohe Streikbereitschaft der ver.di-Mitglieder bei der Deutschen Post AG, die schließlich zu einem Umdenken der Arbeitgeberseite geführt hatte: An den Streiks vor der dritten Verhandlungsrunde hatten sich 100.000 Beschäftigte beteiligt. Das be-

eindruckte den Arbeitgeber, mit so einer hohen Beteiligung hatte das Management nicht gerechnet. Die Furcht vor weiteren heftigen Streiks brachte die Post dazu, ein besseres Angebot vorzulegen. Dieses hebt sich in drei Punkten wesentlich vom ersten Angebot ab – durch eine hohe Einmalzahlung im April, eine Erhöhung der monatlichen Inflationsausgleichszahlung und eine um acht Monate vorgezogene tabellenwirksame Erhöhung. Auch die Vergütungen für Azubis und dual Studierende werden einbezogen; ebenso soll die Postzulage fortgeschrieben werden.

Im Einzelnen sollen laut Angebot Vollzeitmitarbeiter sowie Auszubildende und dual Studierende im April 2023 eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichssonderzahlung von 1.020 Euro erhalten; von Mai 2023 bis März 2024 ist zudem eine monatliche steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichssonderzahlung in Höhe von 180 Euro vorgesehen. Diese Leistungen würden damit um 20 Prozent im Vergleich zum letzten Arbeitgeberangebot erhöht.

Das erste Angebot der tabellenwirksamen Erhöhung soll um acht Monate auf den April 2024 vorgezogen werden.

Damit würde die tabellenwirksame Erhöhung von 340 Euro erheblich früher eintreten. Dieser Festbetrag macht eine prozentuale Erhöhung zwischen 16,1 und 11 Prozent in den Entgeltgruppen 1 bis 3 aus.

Neu eingestellte Beschäftigte sollen zudem künftig bereits nach 30 Tagen ihrer Tätigkeit einen Anspruch auf ein 13. Monatsgehalt erwerben, bislang war dies erst nach einem Jahr Beschäftigung der Fall. Die Postzulage für die Beamt*innen bei der Post soll in Höhe von vier Prozent der individuellen Besoldung fortgeschrieben werden.

„Mit diesem Verhandlungsergebnis wird unser wichtigstes Ziel, einen Inflationsausgleich insbesondere für die unteren Einkommensgruppen zu schaffen, nach den aktuellen Prognosen der zu erwartenden Preissteigerungsrate erreicht“, lobt Kocsis. Vorgesehen ist eine Laufzeit von 24 Monaten – rückwirkend ab 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024. Die Entscheidung über das Angebot treffen nun die ver.di-Mitglieder in einer erneuten Abstimmung. Sie läuft vom 15. bis 30. März 2023. Die ver.di-Tarifkommission empfiehlt die Annahme. *Ute Christina Bauer*

ver.di-Stellungnahme zur Novelle Postgesetz

Die Veränderung des Kommunikationsverhaltens in Deutschland führt dazu, dass in den letzten Jahren die Menge von versandten Briefen immer weiter zurückgegangen ist. Ein Trend, der sich leider auch in Zukunft weiter fortsetzen wird. Im Gegensatz dazu, auch bedingt durch die Covid-19-Pandemie und den immer stärker werdenden Online-Handel, ist die Menge der versandten Pakete deutlich gestiegen. Vor diesen Hintergründen hat sich die Bundesregierung vorgenommen, das mittlerweile 25 Jahre alte Postgesetz zu novellieren. Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP aus dem Jahr 2021 steht: „Das Postgesetz wollen wir novellieren und dabei sozial-ökologische Standards weiterentwickeln sowie den fairen Wettbewerb stärken.“ Das Bundesministerium hat dazu am 26. Januar 2023 ein Eckpunkte-Papier zur Postgesetz-Novelle veröffentlicht.

ver.di hat sich zu den Eckpunkten mit einer eigenen Stellungnahme positioniert. Für uns ist wichtig, dass der Wettbewerb in dieser Branche nicht über den Preis und damit auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf. Der vorrangigen Aspekte der Regulierung ist deshalb die Ausweitung und Weiterentwicklung der Lizenzpflicht für die gesamte Branche der Brief- und Paketdienste. Wenn sich Unternehmen nicht an die Vorgaben einer erteilten Lizenz halten, dazu müssen zwingend die Arbeitsbedingungen



Foto: slava – stock.adobe.com

für die Beschäftigten gehören, dann ist diese zu entziehen. Darüber hinaus sollten aber auch die ökologisch-nachhaltige Ausrichtung der Branche, ein qualitativ hochwertiger Universaldienst und die Entgeltregulierung im neuen Gesetz verankert werden. Denn eins ist klar, das Post- bzw. das Paketnetz sind wichtige Infrastrukturbestandteile. Der Staat

muss hier seinen Einfluss weiterhin behalten, dazu gehört auch die Beteiligung über Aktien an der Deutschen Post AG.

Sobald durch das Ministerium die konkreten Entwürfe zu möglichen Gesetzes- oder Verordnungsänderungen vorliegen, werden wir uns dazu als ver.di ebenfalls positionieren.

Das Postgesetz (PostG) regelt den rechtlichen Rahmen für die Erbringung von Postdienstleistungen. Es trat am 01.01.1998 in Kraft und löste die Vorschriften, die die Erbringung der Postleistungen durch die Deutsche Bundespost regelten, ab. Durch das neue Gesetz sollte der Wettbewerb auf dem Markt für Postdienstleistungen in Deutschland gefördert sowie die Dienstleistung für Geschäfts- und Privatkunden gesichert werden.

Seit dem 01.01.2008 unterliegt der Markt vollständig dem Wettbewerb.

Uwe Köpke

Die ver.di Stellungnahme ist auf unserer Internetseite abrufbar: kurzelinks.de/eadr

Die Eckpunkte des BMWK vom 26.01.2023 sind auf der Internetseite abrufbar: kurzelinks.de/fwci



ENGAGEMENT IM LOGISTIKBEREICH TRÄGT FRÜCHTE

Mehr Betriebsräte bei Amazon!

Es galt und gilt, ein wahrhaftig dickes Brett zu bohren: Seit fast zwei Jahren ist der ver.di-Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik (PSL) nun in den Sortier- und Verteilzentren von Amazon unterwegs. Bereits im Frühling letzten Jahres konnten die Kolleg*innen im Amazon-Verteilzentrum Wunstorf bei Hannover erstmalig und erfolgreich einen Betriebsrat wählen. Die ver.di-Vorschlagsliste hat dabei die meisten Stimmen erhalten. Der Betriebsrat ist seitdem im Amt und vertritt erfolgreich die Interessen der Kolleg*innen. Mittlerweile hat er sich auch mit Betriebsräten an anderen Amazon-Standorten gut vernetzt.

Offenbar hat das Vorbild der Wunstorfer die Beschäftigten des Amazon-Verteilzentrums Berlin-Mariendorf beeindruckt und stark motiviert – seit Herbst 2022 sind sie dabei, auch an ihrem Standort eine Betriebsratswahl zu initiieren. Etliche Kolleg*innen in Berlin-Mariendorf haben inzwischen unseren ver.di-Betreuungssekretär kontaktiert; mit seiner Unterstützung setzen sie sich dafür ein, dass endlich auch in ihrem Betrieb die Mitbestimmung Einzug erhält. Die Wahl ist für das Frühjahr 2023 anvisiert. Leider wurde und wird der Prozess der Betriebsratswahl dadurch er-

schwert, dass gegen einen engagierten und aktiven ver.di-Kollegen eine Kündigung ausgesprochen wurde. Nicht zum ersten Mal sollen Kolleg*innen daran gehindert werden, von ihren verbrieften Rechten Gebrauch zu machen!

Im Februar 2023 empfing die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD) eine Delegation, die aus Amazon-Beschäftigten des Verteilzentrums Berlin-Mariendorf und des Logistikzentrums Brieselang (bei Berlin) bestand. Begleitet wurden die Kolleg*innen vom ver.di-Sekretär Boris Bojilov. Die Beschäftigten berichteten der Bundestagsabgeordneten von den Arbeitsbedingungen bei Amazon im Allgemeinen und informierten sie auch über aktuelle Themen, wie die anstehende Betriebsratswahl, die Kündigung unseres aktiven Gewerkschaftskollegen und die ver.di-Kampagne „FAIR zugestellt statt ausgeliefert“.

Zurzeit sind die Vorbereitungen für die nächsten Betriebsratswahlen im vollen Gang. Auch am Standort Berlin-Mariendorf bereitet ver.di die Kolleg*innen gut vor, damit die Wahl glatt über die Bühne gehen kann und sie im Nachgang als Mitglieder des Betriebsrates der neuen Aufgabe gewachsen sind.

Viele neue ver.di-Mitglieder aus den Amazon-Standorten werden demnächst ver.di-Seminare besuchen, um sich gewerkschaftlich fit zu machen. Die Schulungen für Neumitglieder bringen den Kolleg*innen die ver.di-Strukturen näher und ertüchtigen sie, auf Augenhöhe mit dem Arbeitgeber ihre Rechte einzufordern und geltend zu machen. Zu diesem Zweck werden wir standortübergreifende Seminare anbieten, damit sich die Kolleg*innen auch untereinander vernetzen können.

Auch International ist unser Fachbereich in Sachen Amazon aktiv. So begleiten wir etwa eine von UNI global union initiierte Kampagne zum Arbeitnehmerdatenschutz. Dabei geht es darum, durch Amazon begangene Verstöße gegen das deutsche und das europäische Datenschutzrecht mit Hilfe von Anwaltskanzleien aufzudecken und zu ahnden. Dass Amazon solche Verstöße systematisch betreibt, ist offensichtlich. Durch den Einsatz von Hard- und Software, den Amazon auch bei den Subunternehmen vorschreibt, werden Daten gesammelt und gegen die Kolleg*innen verwendet. Zahlreiche ehemalige und aktuelle Beschäftigte haben davon berichtet. *Stefan Thyroke*

JUGENDKONFERENZ DES BUNDESFACHBEREICHS POSTDIENSTE, SPEDITIONEN UND LOGISTIK

Diskussionen, Wahlen, Anträge

Intensive Arbeit und ganz viel Austausch: Vom 3. bis 5. Februar 2023 fand in der ver.di-Bundesverwaltung die Jugendkonferenz des Bundesfachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik statt. 31 Delegierte aus den Landesbezirksfachbereichen diskutierten über drängende Themen, wählten einen neuen Bundesfachbereichsjugendvorstand und stimmten über eingereichte Anträge ab.

Neben den 31 Delegierten der Landesbezirksfachbereiche nahmen auch einige Gäste an der Konferenz teil, etwa Andrea Kocsis (Leiterin des Bundesfachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik und stellvertretende ver.di-Vorsitzende), Thorsten Kühn (Bereichsleiter Postdienste, Mitbestimmung und Jugend) und Yusuf Özdemir (ehrenamtlicher Vorsitzender des Landesbezirksfachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik in Baden-Württemberg). In den aufschlussreichen Grußworten von Andrea Kocsis und von Yusuf Özdemir ging es insbesondere um die aktuelle Tarifrunde bei der Deutschen Post AG und um die Zukunft der Nachwuchsförderung im Fachbereich.

Zum Auftakt der Konferenz sprach der ehemalige Vorsitzende des Bundes-



Foto: Charles Yunck

fachbereichsjugendfachkreises, André Wiedenroth, zu den Teilnehmenden. André ging auf die wichtigsten Themen seiner Amtsperiode, wie auf das reduzierte Ausbildungsplatzangebot bei der Deutschen Post AG, auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine und auf die JAV Wahlen 2022 ein.

Auch im weiteren Verlauf der Konferenz war die aktuelle Tarifrunde bei der Deutschen Post AG immer wieder ein heiß diskutiertes Thema. Außerdem verständigten sich die Kolleg*innen darauf, in der Arbeit vor Ort im jeweiligen

Jugendvorstand noch aktiver zu werden und die Kolleg*innen der Fachgruppe 2 – Speditionen, Logistik und KEP – stärker einzubeziehen.

Nach der Mittagspause fühlten sich alle gestärkt, um die Wahlen und Nominierungen durchzuführen. Unter anderem wurde die Geschäftsführung des Bundesfachbereichsjugendvorstandes gewählt: Einstimmig wurden Dennis Toma (Deutsche Post AG, Niederlassung Betrieb Stuttgart) und Nathalie Dahlke (Deutsche Post AG, Niederlassung Betrieb Magdeburg) zu den Vorsitzenden gekürt. Dabei begrüßte die Jugend, dass dieses Gremium nun auch den Namen Bundesfachbereichsjugendvorstand trägt.

Der erste Tag der Konferenz endete mit einer Party, die zusammen mit dem Fachbereich C gefeiert wurde. Der zweite Tag startete mit dem wichtigsten Teil der Konferenz, mit der Diskussion über die Anträge und den Abstimmungen darüber. Zum Abschluss hat uns das neue Vorsitzenden-Team noch empowernde Worte für die zukünftige Arbeit mit auf den Weg gegeben. Insgesamt eine tolle Konferenz mit super viel Austausch!

Julia Klein



Foto: Charles Yunck



Frauenkonferenz des Bundesfachbereichs

Foto: ver.di, Marc Wehlings

FRAUENKONFERENZ DES BUNDESFACHBEREICHS POSTDIENSTE, SPEDITIONEN UND LOGISTIK

Gegen Belästigung, für mehr Gesundheitsschutz

Zwei Tage, vollgepackt mit intensiven Diskussionen, konstruktiven Debatten und der Gelegenheit zur ausgiebigen Vernetzung: Am 8. und 9. Februar 2023 versammelten sich 50 Kolleginnen in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin zur Bundesfachbereichskonferenz der Frauen. Im Fokus standen die Herausforderungen, vor denen besonders die Frauen im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik stehen.

Die Frauenkonferenzen sind ein wichtiges Forum, bei dem es um die Rechte von Frauen in der Arbeitswelt geht. Die Frauenkonferenz des Fachbereichs bot den Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich zu vernetzen und gemeinsam für Gleichstellung und bessere Arbeitsbedingungen in der Branche zu kämpfen. Schwerpunkte waren diesmal sexualisierte Belästigungen am Arbeitsplatz und ein verbesserter Gesundheitsschutz.

Sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz ist ein ernstes und leider weitverbreitetes Problem. Nach der neuesten Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurden in den letzten drei Jahren 13 Prozent der Frauen an ihrem Arbeitsplatz sexuell belästigt. Diese Erfahrung beeinträchtigt das Wohl-

finden der Betroffenen erheblich. ver.di setzt sich für Arbeitsplätze ein, an denen sich die weiblichen Beschäftigten respektiert und sicher fühlen können. Aus einer gewerkschaftlichen Perspektive heraus ist es wichtig, dieses oft tabuisierte Thema anzusprechen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu verhindern. So diskutierten die Delegierten beispielsweise über Betriebsvereinbarungen, in denen der Umgang mit sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz geregelt werden kann.

Betriebsrätinnen und Betriebsräte sind generell hilfreiche Ansprechpartner*innen bei unerwünschten Übergriffen am Arbeitsplatz. Um den Betroffenen im konkreten Fall eine gute Hilfestellung

zu geben, müssen Betriebsrät*innen darin gut geschult werden. Der DGB hat dazu einen Handlungsleitfaden für die betriebliche Interessenvertretung entwickelt: kurzelinks.de/9rkn. Und ver.di hat eine Handlungshilfe für die von sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz selbst Betroffenen entworfen: kurzelinks.de/9j1q.

Im Mittelpunkt der intensiven Diskussion zum Gesundheitsschutz stand die starke körperliche Belastung, denen Frauen in der Brief- und Paketzustellung sowie in den Verteilzentren ausgesetzt sind: Wie kann hier für Entlastung gesorgt werden?

Weiterhin kritisierten die Delegierten die häufige Unterrepräsentation von Frauen in betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien. Zwar heißt es, dass die Frauenquote sowohl in den Gremien als auch bei der Freistellung einzuhalten ist – gerade bei der Freistellung spiegelt sich dies noch nicht durchgängig wider.

red



Termine

AHLEN BeG Senior*innen Münsterland-Süd FB E, Mitgliedertreff, 1. Mittwoch im Monat, 10 – 12 Uhr, AWO, Freiheit 1.

ALBSTADT-EBINGEN BeG Senior*innen Zollernalb FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Brauhaus“, Bahnhofstr. 4, Albstadt.

AUGSBURG BeG Senior*innen FB E, Aktuelles unter psl-bayern.verdi.de/ueber-uns/senioren/augsburg

BERLIN BeG Senior*innen Charlottenburg/Spandau FB E, Treff Mitgliedergruppe, 27. März, 24. April, jeweils 18 Uhr, „Zur Sorgenpause“, Krowelstr. 7. BeG Senior*innen Reinickendorf/Wedding FB E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 12 Uhr, Restaurant „Orakel“, Dannenwalder Weg 70; Info Tel. 0170 9358996.

BeG Senior*innen Steglitz/Zehlendorf FB E, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr; Öffentl. Vorstandssitzung OSG-Steglitz/Zehlendorf, 1. Freitag im Monat, 10 - 12 Uhr, jeweils „Hertha-Müller-Haus“, Argentinische Allee 89, Anmeld. erforderlich bis 4 Werktage vorher unter Tel. 030 8033561, Name u. Tel.-Nr. auf AB hinterlassen, evtl. Rückruf.

BeG Senior*innen Tempelhof/Neukölln FB E, Sprechstd., 3. Montag im Monat, 10 Uhr, Mediengalerie, Dudenstr. 10; Info Tel. 017631324309.

BOTTROP BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, „Hürter“, Gladbecker Str. 19 a.

BRAUNSCHWEIG/SALZGITTER OV Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, „Rote Wiese“, Info Tel. 05331 2424.

CASTROP-RAUXEL BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, Samstag, 11 Uhr, „Kulisse“, Münsterstr. 1b.

CHEMNITZ OV Kraftfahrerkreis Sachsen West Ost Süd FB E, Sprechstunde, 1. Samstag im Monat, 8 – 12 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Augustusburger Str. 31; Kontakt Tel. 0371 85798091, Mail kontakt@verdi-kfk-c-z.de

CRAILSHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Mittwoch im Monat, 14 Uhr, ESV-Gaststätte, Horaffenstr.

DORTMUND-LÜNEN BeG Senior*innen FB E, Sprechstd., letzter Dienstag

im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Königswall 36.

DÜREN Kraftfahrerkreis Düren-Aachen FB E, Treff, 2. Samstag im Monat, 10 – 13 Uhr, Truck Stop Düren (A4), Im großen Tal.

DÜSSELDORF BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Goldener Kessel“, Schumacher Altstadt, Bolker Str. 44.

ESSEN/MÜLHEIM BeG Senior*innen FB E, Info-Vormittag, 1. Donnerstag im Monat, 10.30 Uhr, „St. Elisabeth“, Dolendordfstr. 51, Essen.

FORCHHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Donnerstag im Monat, 15 Uhr, „Eichhorn“, Bambergerstr. 9; Programm unter www.oberfranken-west.verdi.de/personengruppen/seniorinnen

FÜRTH BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Heinrichsklaus“, Sonnenstr. 21; Binghöhle in Streitberg, 13. April; Römermuseum in Weißenburg, 16. Mai; Anmeld. für Veranstaltungen bei den Stammtischen, Info Tel. 0911 730165.

GAU-BICKELHEIM Sprechstd. mit der Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19 – 22 Uhr, Autohof.

GÖPPINGEN BeG Senior*innen Fils-Neckar-Teck, FB E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, „Eichertstüble Jebenhausen“, Falkenstr. 155, Göppingen; Frühjahrswanderung, 19. April, 14 Uhr, Treffpunkt Sulzburghof bei Unterlenningen; Maikundgebung, 1. Mai, Schillerplatz; Ausflug Rottweil, 1. Juni, Abf. 8.15 Uhr Geislingen TVA Halle, 8.30 Uhr Süßen Buha. Stiegelwiesen, 8.45 Uhr GP EWS Arena, 9. 10 Uhr Kirchheim ZB, 9.30 Uhr ES ZOB, Anmeld. erforderl. bis 14. April, Tel. 07161 42403; Info Tel. 07161 42403.

GOSLAR/NORDHARZ OV und Senior*innen FB E, Jahreshauptversammlung, 30. April, 11.30 Uhr, Sportheim Vienenburg, An der Knickwiese 1, Anmeld. Tel. 05321 18043, bitte auf AB sprechen.

HAGEN BeG Senior*innen FB E, Info-Nachmittag, 12. April, 15 Uhr, AWO-Begegnungsstätte Boelerheide, Over-

bergstr. 125, Anmeld. erforderl. bis spätestens 6. April, Tel. 02338 8122.

HAMBURG BeG Post Hamburg Süd FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J.-Ludowieg-Str. 6.

BeG Senior*innen Hamburg Süd FB A, E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J. Ludowieg-Str. 6, Klubzimmer 1. Stock.

BeG Senior*innen Hamburg Zentrum FB E, Treff, 3. Dienstag im April, 10 – 12 Uhr, ver.di, Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9.

HEILBRONN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Hofwiesen“, Hofwiesenstr. 40, Heilbronn-Sontheim.

IDAR-OBERSTEIN BeG Senior*innen Nahe-Hunsrück FB A, E, Büro ersatzlos gestrichen, Hilfe weiterhin möglich, Tel. 06785 9993055, 0151 75083776.

INGOLSTADT BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 14.30 Uhr, „Fohlenweide“, Fohlenweide 1.

JENA/WEIMAR/GERA BeG Senior*innen FB E, Wandergruppe, 1. Woche im Monat, näheres unter Tel. 03641 446002 und 03641 449912.

KAISERSLAUTERN BeG Senior*innen FB A, E, Treffen, 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gasthaus „Quack“, Entersweilerstr. 74, Anmeld. Tel. 06302 7727.

KARLSRUHE/BRUCHSAL Senior*innen FB A, E, Mitgliederversammlung mit Wahlen, 23. Mai, 14 Uhr, ver.di, Ruppurrerstr. 1a, 7. OG.

KIEL BeG Senioren Kiel/Plön FB E, Jahreshauptversammlung, 18. April, 15 Uhr, Gewerkschaftshaus, Raum „Andreas Gayk“, Legienstr. 22, Anmeld. bis spätestens 4. April, Tel. 0431 5195241 oder ulrich-cieslik@t-online.de

KIRCHHEIM/TECK BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, „Hasen“, Siechenwiesen 1.

LANDSBERG/SCHONGAU BeG Senior*innen FB A, E, Jahreshauptversammlung, 18. April, 11.30 Uhr, Restaurant „Zum Vogelherd“, Buchweg 18, 86920 Denklingen.



Termine

LÜDENSCHIED OV Lenne/Volme FB E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr, Gaststätte „Friedrichshof“, Friedrichstr. 31; Treff, jd. Dienstag, 18 Uhr, ver.di-Büro, 17 – 19 Uhr, Knapperstr. 42, mehr unter www.ortsvereinlennevolme.de

MANNHEIM BeG Brief, Stammtisch, 1. Montag, im April, Juni, 17 Uhr, „Krautwickel“, Mallastr. 111.
BeG Senior*innen Rhein-Neckar FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 14 Uhr, „Krautwickel“, Mallastr. 111.

MARBURG BeG Senior*innen FB A, E, Treff, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Details siehe Jahresprogramm.

MINDEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im Mai, 10 Uhr, „Zur Alten Fähre“, Barkhausen, Anmeld. für Frühstück bis montags vor dem Termin erforderlich, Tel. 0571 72545.

MÜNCHEN BeG Senior*innen FB A, E, Treff, 1. Mai, 10 Uhr, Marienplatz am Hugendubel-Eck; Versammlung, 2. Mai,

14 Uhr, Kulturzentrum „Neuhauser Trafo“, Nymphenburgerstr. 171, Kartenverkauf für Tagesausflug am 23. Mai.

MÜNSTER BeG Senior*innen FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 8. Mai, 15 Uhr, Restaurant Hotel Münnich, Heeremansweg 11; Info/Anmeldung Tel. 0251 97430230 oder Mail susanne.thiemann@magenta.de

NEUSS BeG Senior*innen FB A, E, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Glockhammer 31.

NÜRNBERG BeG Senior*innen Nürnberg/Schwabach/Roth FB A, E, Versammlung, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Restaurant „Gartenstadt“, Buchenschlag 1; Info Tel. 09183 4374; Wandergruppe, Info Tel. 0911 863188, 0151 42880597.

OLDENBURG/UMLAND OV Senior*innen FB A, E, Digitalfotos, Info Tel. 0441 201203, Basteln, Spielen, Klönen, 2. Dienstag im Monat, 9 Uhr, Vereinslokal TV Metjendorf, Am Sportplatz, Info Tel. 0441 302972, Tel. 04402 4205; Jakkolo, alle 3 Wochen, Landgasthof Moslesfeher Brückenhaus, Wardenburg, Korsorsstr. 1, Info Tel. 04488 3252, Info Tel. 0441 505137.

PFAFFENHOFEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Hofbergsaal“.

REUTLINGEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Bürgertreff „Unter den Leuten“, Rommelsbacher Str. 1.

RHEINE BeG Senior*innen, Treffen, 1. Dienstag im Monat, 10 Uhr, AWO, Auf dem Thie 24, Anmeld. Tel. 05971 2223 oder Mail hbems@t-online.de

SCHWÄBISCH GMÜND BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Casino Altenheim St. Anna.

TRIER BeG Senior*innen FB A, E, Trier-Saar-Mosel-Eifel, Stammtisch, 4. Mai, 9.30 Uhr, Bürgerhaus Trier-Nord, Franz-Georg-Str. 36 (neben Blumen Lambert), Anmeld. erforderl. per Tel. 0160 96342728 oder Mail verdi-Seniorenp.trier@t-online.de, weitere Veranstaltungen und Informationen Tel. 0170 7261679.

ULM BeG Senior*innen FB A, E, Monatstreffen, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Jahnhalle“; Info Tel. 07348 6611.

WEIDEN BeG Senior*innen Nordoberpfalz FB A, E, Treff 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, Cafe Mitte, Am Stockerhutpark 1.

WOLFENBÜTTEL OV Senior*innen FB A, E, Sprechstd., Montag, 9 – 12 Uhr, ver.di, Harzstr. 7; ver.di-Lohnsteuer-Service, Tel. 05331 88266.

WÜRZBURG BeG Senior*innen FB A, E, Versammlung, 1. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Vierjahreszeiten“; Seniorenwandergruppe, jd. Mittwoch im Landkreis, Info alfred.hoerner@t-online.de oder Tel. 0931 400040.

Alle Termine sind auch zu finden unter kurzelinks.de/vozc und unter orgawahlen.verdi.de

Kontakt

Geschäftsstellen und Rechtsberatung

Du benötigst rechtliche Hilfe oder hast eine Frage zu Tarifverträgen oder deiner Mitgliedschaft? Dann wende dich an deinen zuständigen ver.di-Bezirk. Diesen findest du unter: kurzelinks.de/894h

Für allgemeine Fragen steht dir *ver.di Direkt* zur Verfügung unter: 0800 83 73 43 3 (Mo. – Fr. von 7 bis 20 Uhr und Sa. von 9 bis 16 Uhr).

Digitale Ausgabe



kurzelinks.de/1fja

TAGESORDNUNG DER ORGANISATIONSWAHLEN 2022/2023

Im Rahmen der Organisationswahlen 2022/2023 finden in den Ortsvereinen, Bezirken, Bezirksfachbereichen, landesbezirklichen Fachbereichen, Landesbezirken und auf Bundesebene Mitgliederversammlungen und/oder Delegiertenversammlungen und -konferenzen statt.

Dort gilt grundsätzlich folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Versammlungs- oder Konferenzleitung
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Beschluss über die Wahl- und Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
6. Bestätigung der Antragskommission
7. Geschäftsbericht und Entlastung des Vorstandes
8. Wahlen und Nominierungen
9. Antragsberatung